

Einleitung

Krisenhafte Erfahrungen mit der eigenen Währung hinterlassen Spuren: Banken-, Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrisen prägen politische wie wirtschaftliche Systeme, den Umgang mit Geld auf gesamtgesellschaftlicher wie privater Ebene, den Aufbau und die Organisationsstruktur von Institutionen sowie nicht zuletzt nationale Selbstverständnisse (Identitäten) und politische Kulturen (Systeme).

So selbstverständlich dies klingen mag, so sehr lohnt es sich, den Einfluss nationaler Wirtschaftskulturen, als wichtigen Teil nationaler Identitäten, auf das „Konstrukt Europa“ zu untersuchen: Nicht nur in den Anfangsphasen der Gründung der Europäischen Gemeinschaften stießen die verschiedenen Erfahrungen und Einstellungen kontrovers aufeinander – auch heute ist der Euro als gemeinsame Währung im „Kampf der Wirtschaftskulturen“¹ immer wieder im Krisenmodus. Austritte aus der Union (Brexit)² oder die Gründung von Anti-Euro-Parteien (und deren Weiterentwicklung)³ sind dafür ebenso sichtbare Zeichen wie der Umgang mit aktuellen, durch die weltumspannende Pandemie ausgelösten Krisenphänomenen.

Diesen historischen und politischen Zusammenhängen weiter nachzuspüren, setzt sich der vorliegende Band zum Ziel und versammelt Vorträge und Gesprächstranskriptionen mit Akteuren der Geld-, Finanz- und Währungspolitik, Experten der Steuer- und Wirtschaftspolitik und Analysten von Wirtschafts- und Währungskrisen, die im Rahmen der Hildesheimer „Europagespräche“ eingeladen wurden.

Mit der öffentlichen Veranstaltungsreihe hat das Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim seit 2007 ein Forum geschaffen, in dem Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Diplomatie über aktuelle und historische Themen europäischer (Zeit-)Geschichte sowie über Fragen der europäischen Integration sprechen. Immer wieder sind in diesem Rahmen auch namhafte Wirtschaftshistoriker, Ökonomen sowie Finanz- und Wirtschaftsexperten zu Gast, die nicht nur für Vorträge und Diskussion, sondern auch für ausführliche Zeitzeugen-Interviews zur Verfügung stehen. Im Rahmen seiner „Europagespräche“ hat sich das Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim aufgrund der aktuellen Banken-, Finanzmarkt- und Staatsverschuldungskrise, vereinfachend auch als „Eurokrise“ bezeichnet, schon in den Jahren von 2008 bis 2013 verstärkt dieser von der historischen Forschung kaum beachteten und diskutier-

-
- 1 Markus Brunnermeier/Harold James/Jean-Pierre Landau, Euro. Der Kampf der Wirtschaftskulturen. München 2018.
 - 2 Michael Gehler, Vom Selbst- und Fremdausschluss zur EG-Mitgliedschaft bis zum EU-Austritt. Britische Europapolitik oder die längere und kürzere Vorgeschichte des „Brexit“ 1945–2020, in: Franziska Bartl/Frank-Lothar Kroll/Stefan Schieren (Hrsg.), Britannien und Europa/Britain and Europe. Entwicklungslinien und Perspektiven vom Mittelalter bis in das 21. Jahrhundert, Berlin 2022, S. 95–132.
 - 3 Malte Zabel, Euroskeptizismus. Ursprünge und Ausdrucksformen im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung/Center for European Integration Studies Bd. 78), Baden-Baden 2017; Laurent Warlouzet, Europe contre Europe. Entre Liberté, Solidarité et Puissance, Paris 2022, S. 435–454.

ten Thematik zugewandt. Zu Wort kamen Historiker, Politikwissenschaftler, prominente Bankexperten sowie ehemalige deutsche Finanz- und Wirtschaftsminister. Dieser erste Band zur einschlägigen Thematik handelte auch von den wichtigsten politischen Kontexten und Voraussetzungen auf dem Wege zur europäischen Einheitswährung, sodann von der Finanz- und Wirtschaftspolitik im Mehrebenensystem von Kommunal-, Landes- und Bundespolitik und zu guter Letzt von Erkenntnissen und Lehren aus den Finanz-, Banken- und Schuldenkrisen. Zu Wort kamen dabei der Wiener Finanz- und Politikwissenschaftler, Makroökonom und Wirtschaftspolitiker Heinz Handler am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung,⁴ die französische Historikerin und Expertin zu Valéry Giscard d'Estaing als Mitbegründer des Europäischen Währungssystems⁵ und an der Université Cergy Pontoise in Paris lehrende Michèle Weinachter, der vormalige Bundesbankpräsident (1993-1999) Hans Tietmeyer,⁶ der an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf tätige Integrations- und Wirtschaftshistoriker Guido Thiemeyer und der frühere Bundesfinanzminister (1999-1998) Theo Waigel. In weiterer Folge waren auch der Leiter der Abteilung Europa und Internationale Zusammenarbeit der Niedersächsischen Staatskanzlei, Heinz Davidsohn, der Chef der Staatskanzlei (ab 1989), Wirtschaftsminister (ab 1995) und Ministerpräsident (ab 1998) des Landes Nordrhein-Westfalen und Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Kabinett Schröder II (2002-2005) Wolfgang Clement, der Finanzminister (1999-2005) unter der rot-grünen Regierung, Hans Eichel, der Chefanalyst der Bank Austria Uni-Credit in Wien, Stefan Bruckbauer, der Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) (2006-2012), Jürgen W. Stark, der österreichische Finanzökonom und Vorsitzende der Eurogroup Working Group (EWG), einer Arbeitsgruppe der Euro-Gruppe (2012-2018), Thomas Wieser, und zuletzt der Hildesheimer Politikwissenschaftler Holm A. Leonhardt in diese Vorreiter-Publikation einbezogen worden.⁷

Die meist teils mehrstündigen, teils mehrtägigen intensiven Gespräche mit Zeitzeugen von Umbrüchen in deutscher und europäischer Geschichte erlauben weit mehr als nur

4 Heinz Handler, Vom EWS zum Euro: DM und Schilling Hand in Hand, in: Michael Gehler/Ingrid Böhler (Hrsg.), *Verschiedene europäische Wege im Vergleich: Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart*, Innsbruck – Wien – Bozen 2007, S. 285-304; Ders., *Krisengeprüftes Europa. Wie wir die Solidarität in der EU stärken können*, Wiesbaden 2021, S. 269–282.

5 Michèle Weinachter, Valéry Giscard d'Estaing et l'Allemagne. Le double rêve inachevé, Paris 2004, S. 97–148; Dies., Le tandem Valéry Giscard d'Estaing – Helmut Schmidt et la gouvernance européenne, in: Wilfried Loth (Dir.), *La gouvernance supranationale et la construction européenne*, Bruxelles 2005, S. 205–238.

6 Joachim Algermissen, Hans Tietmeyer. *Ein Leben für ein stabiles Deutschland und ein dynamisches Europa (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 70)*, Tübingen 2019.

7 Die von 2007 bis 2015 geführten Gespräche sind in folgendem Band abgedruckt: Michael Gehler/Marcus Gonschor/Hinnerk Meyer (Hrsg. unter Mitarbeit von Severin Cramm und Miriam Hetzel), *Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler Krisen. Hildesheimer Europagespräche III (Historische Europa-Studien 11)*, Hildesheim – Zürich – New York 2015.

spannende Einblicke „hinter die Kulissen“ von Wirtschaftspolitik und politischem wie wissenschaftlichem Alltag. Bei der Beantwortung von Fragen, die oft weit über die jeweilige berufliche Tätigkeit hinausgehen, werden persönliche Ansichten, Einschätzungen, Meinungen, Prognosen und vielschichtige Bewertungen ermittelt, so dass eine Publikation geboten scheint.

Die Expertengespräche in diesem Band sind über einen langen Zeitraum geführt worden und nach den Zusammenfassungen der Vorträge auch als Interviewtranskriptionen vorhanden. Sie umspannen die Phase von November 2014 (beginnend mit dem Ökonomen Otmar Issing) bis Oktober 2018 (und endend mit dem Politiker und Ökonomen Hans Reckers) – eine Zeitspanne, die von unterschiedlichsten Krisenphänomenen und -debatten (Griechenland, Flüchtlinge und Brexit) geprägt war und Europa erheblich verändert hat. Zu den Gemeinschafts-, Solidaritäts- und Wirtschaftskrisen gesellt sich in der Phase der Vorbereitung der Drucklegung dieses neuen Bandes mit COVID-19 eine neue Art von weltumspannender Krise, deren Ausgang und Folgenabschätzung für dieses Publikationsvorhaben noch nicht absehbar war. Gleiches gilt für den seit dem 24. Februar 2022 von Wladimir Putin ausgeweiteten russischen Krieg gegen die Ukraine. Bewusst haben sich die Herausgebenden dennoch entschieden, die Vorträge in der Form zu belassen, in der sie zum jeweiligen Zeitpunkt gehalten wurden. Sie sind damit schon selbst zu einem zeitgeschichtlichen Dokument geworden.

In diesem Band werden die Vorträge als von Institutsmitgliedern und Studierenden verfasste Zusammenfassungen publiziert. Videoaufzeichnungen zu allen Vorträgen sind auf der Webseite des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim abrufbar.⁸

Für die Interviews gilt: Nur in einigen wenigen Fällen sind sie durch Nachfragen ergänzt worden. Diese finden sich mit Datum gekennzeichnet jeweils im Anschluss an das transkribierte Gespräch. Zum Teil wurden die Referenten auch vom örtlichen Radiosender „Radio Tonkuhle“ oder von Studierenden interviewt. Auch diese Aufnahmen haben transkribiert Eingang in den Band gefunden.

Es ist die Fülle von Fachvorträgen und persönlichen Einblicken, die die Publikationsreihe der „Hildesheimer Europagespräche“ so besonders macht. Die Vielfalt der Themen, die besonders in den biographisch, fachlich, aber auch erfahrungsgeschichtlich angelegten Interviews aufscheinen, erschwert aber gleichzeitig eine Einteilung des Bandes in Themenkategorien.

Dieser Band ordnet die Beiträge daher nach den beruflichen Hauptbetätigungsfeldern der Vortragenden, wohl wissend, dass in den ausführlichen Gesprächen zahlreiche Aspekte aufscheinen, die nicht nur eine, sondern viele andere Einordnungen ermöglicht hätten.

8 Europagespräche-Überblick [<https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/geschichte/erasmus-und-europagespraeche/europa-gespraeche/>], 22.8.2022.

I. Zum Titel: Währungsidentitäten, -kulturen und -krisen

Auf Währungsidentitäten, -kulturen und -krisen im Titel zu rekurrieren, deutet bereits an, dass die Herausgebenden die fachlich-wissenschaftlichen Inhalte und Fragen durch einen interdisziplinär übergreifenden Blick ergänzen möchten. Grundlegende wissenschaftliche Fundierungen seien an dieser Stelle nur kurz umrissen:

Der Euro als gemeinsame Währung als Buchgeld 1999 und als Realwährung 2002 gilt gemeinhin seit seiner Einführung als (rationales) Mittel zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums und Unterstützung des seit 1993 bestehenden Binnenmarkts. Diesem Verständnis folgend, findet sich häufig die metaphorische Umschreibung von Europa als „Fahrzeug“ oder „Maschine“: Der erste EWG-Kommissionspräsident (1958-1967) Walter Hallstein⁹ verglich die europäische Integration mit einem Fahrrad, das stets am Strampeln gehalten werden muss.¹⁰ Die Wirtschaft wird dabei häufig als der Motor der Europäischen Gemeinschaften, die deutsche Einigung gemeinhin als „Katalysator“ für die unionsvertragliche Regelung von Maastricht 1992 (in Kraft 1993) und die Einführung des Euro dargestellt. Die Wirtschaftsunion der EU (mit dem gemeinsamen Binnenmarkt) und die Währungsunion (mit dem Euro als vergemeinschafteter Währung) werden sozusagen als die Treibstoffe dieses Motors verstanden. Den Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1996 könnte man – um im Bild zu bleiben – sozusagen als „Keilriemen“ beschreiben. Auch ein „stotternder“ Motor – sprich: Krisen – komplettiert die gern bemühte Metapher.

Das Beispiel deutet Europa als regulierbaren Mechanismus, angetrieben vom Grundgedanken der zu aktivierenden bzw. motorisierten Bewegung – eine Metapher also, die vor allem technische und rationale Funktionsabläufe schildert.¹¹ Auch wenn das zur neutralen Beschreibung von Währungen als „Zahlungsmittel, Rechnungseinheit und Wertaufbewahrungsmittel“ passend ist,¹² wohnt einem gemeinschaftlichen Zahlungsmittel stets jedoch auch ein großes gemeinschaftstiftendes, identitätbildendes und hochemotionales Potenzial inne,¹³ gerade wenn es sich in seiner tatsächlichen und vermeintlichen Krise befindet.¹⁴ Dieses bildet sich umso stärker aus, je größer die Anerkennung ist, die

9 Walter Hallstein, *United Europe. Challenge and Opportunity*, Cambridge 1962; Wilfried Loth, Walter Hallstein (1958–1967): the founding President, in: Jan van der Harst/Gerrit Voerman (Eds.), *An Impossible Job? The presidents of the European Commission 1958–2014*, London 2015, S. 29–50.

10 [Walter Hallstein] „Integration is like a bicycle [...] You either move on or you fall off“, *Western Europe: Pulling Apart*, in: *Time Magazine* Vol. 93 (14. 2. 1969), Issue 7, p. 38.

11 Siehe dazu beispielsweise Siegfried Schieder, *Die gestaltende Kraft von Sprachbildern und Metaphern. Deutungen und Konstruktionen von Staatlichkeit in der deutschen Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag*. Wiesbaden (Erscheinen geplant 2022, verfügbar als Inauguraldissertation Universität Trier, 2006, hier S. ii).

12 Vertrag zur deutsch-deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18.5.1990, Art. 10.

13 Christina von Braun, *Der Preis des Geldes. Eine Kulturgeschichte*, Berlin 2012, S. 16–18.

14 Michael Gehler, *Challenges and Opportunities: Surmounting Integration Crises in Historical*

die Währung durch die Gruppe, den Staat oder die Währungsunion erfährt. Im Gegensatz zu obig geschildertem technisierten Bild würde Europa und der Euro dann beispielsweise als „natürlicher Organismus“ in Menschen- oder Pflanzenmetaphorik umschrieben, sein Wirkungszusammenhang als „natürlich“ und „gewachsen“ empfunden. Ein wieder anderes Bild entwürfe die Beschreibung als „Schicksalsgemeinschaft“ oder als Union der „Werte“ bzw. „Ideen“.¹⁵

Dass in den öffentlichen Diskussionen um das Währungssystem erstere Beschreibung überwiegt, deutet darauf hin, dass die medial konstruierte Wahrnehmung des Euro als Gemeinschaftswährung zumindest ambivalent ist und für die Bildung einer europäischen Identität ökonomische, monetäre, wechselkursspezifische und zahlungstechnische Vereinbarungen offenbar als nicht ausreichend empfunden werden.

Krisen erschüttern die Kohäsionskräfte von Währungen innerhalb von Gemeinschaften zusätzlich: Sie erzeugen kollektive Emotionen der Verunsicherung, stellen Gewissheiten in Frage und legen so frei, dass geschaffene Währungen, Organisationsstrukturen und Vereinbarungen offenbar wesentlich mitbestimmende Elemente nicht berücksichtigen: Im Fokus stehen hier vor allem nationale Geldwerterfahrungen¹⁶ wie die Hyperinflation im Weimar-Deutschland der frühen 1920er Jahre oder die Währungsreform in den drei westlichen deutschen Besatzungszonen mit Einführung der D-Mark 1948, aus denen Eigenarten im Umgang mit Institutionen und weitere nationale Währungskulturen etc. entstanden sind.

Diese kulturellen wie auch emotionalen Facetten von Währungen¹⁷ und ihre strukturprägenden Wirkungen und handlungsleitenden Interessen geraten seit einem guten Jahrzehnt immer stärker in den Fokus der Betrachtung.¹⁸ Das ist wenig erstaunlich, bedenkt man, dass sich das 21. Jahrhundert in den ersten zwei Jahrzehnten als ein Jahrhundert verschiedenster Krisen darstellt, die Risse im Gebilde des gemeinschaftlich organisierten Europas sichtbar gemacht haben.

Context, in: Ludger Kühnhardt (Ed.), *Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005* (New German Historical Perspectives Vol. 2), New York – Oxford 2009, S. 109–129.

- 15 Gilbert H. Gornig/Peter Hilpold (Hrsg.), *Europas Grundrechte auf dem Prüfstand. Unter besonderer Berücksichtigung der Länder Mittel- und Osteuropas*, Berlin 2021; Michael Gehler, *Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt*, Reinbek/Hamburg 3. Auflage 2018 [komplett überarbeitete und erheblich erweiterte Neufassung der Version von 2010].
- 16 Siehe hierzu auch den instruktiven und reichen Band der Villa Vigoni von Christiane Liermann Traniello/Tilman Mayer/Francesco Papadia/Matteo Scotto (Eds.), *The Value of Money. Controversial Economic Cultures in Europe. Italy and Germany*, Villa Vigoni, Lovenjo di Menaggio 2021.
- 17 Siehe hierzu Sanne Ziethen/Nina Peter (Hrsg.), *Währung – Krise – Emotion. Kollektive Wahrnehmungsweisen von Wirtschaftskrisen* (Edition Kulturwissenschaft Bd. 248), Bielefeld 2021.
- 18 Bernhard Löffler, *Die kulturelle Seite der Währung: Europäische Währungskulturen, Geldwerterfahrungen und Notenbanksysteme im 20. Jahrhundert*, Berlin – Boston 2019. Siehe auch: Sanne Ziethen/Nina Peter (Hrsg.), *Währung – Krise – Emotion: Kollektive Wahrnehmungsweisen von Wirtschaftskrisen*, Bielefeld 2021.

Auf die historischen Währungskrisen, diverse Gemeinschaftskrisen verbunden mit Solidaritätskrisen und die daraus erwachsende Komplexitätskrise, bestehend aus Banken- und Finanzmarktkrise, Griechenlandkrise oder dem Brexit haben im vorliegenden Band die Beiträger nicht nur fachliche Antworten gegeben, sondern auch persönliche Erfahrungen eingebracht.

In den Expertengesprächen wurde dezidiert nach individuellen Erinnerungen und Emotionen, nach eigenen Geldwert- und -entwertungserfahrungen gefragt. Zur Sprache kamen ebenso Einschätzungen zur Einführung des Euro, zum Einfluss von Inflationserfahrungen oder der vielberufenen „German Angst“ auf politische Prozesse oder auch zur Denkfigur eines rational handelnden und eigennützigen „homo oeconomicus“. Im Folgenden sollen die Akteure und ihre wesentlichen Aussagen einführend vorgestellt werden.

II. Akteure der Geld- und Währungspolitik

Mit Otmar Issing, Klaus Regling und Werner Hoyer kommen im ersten Teil des Bandes Akteure der Geld- und Währungspolitik zu Wort. Gleichzeitig geraten zentrale europäische Institutionen – die Europäische Zentralbank (EZB), der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Europäische Investitionsbank (EIB) – in den Blick.

In seinem Vortrag „Währungs-Wirtschaftsunion und Banken-Fiskalunion – Europa auf dem Weg zur Politischen Union“ vom 20. November 2014 stellte der führende Repräsentant der Theorie des Monetarismus in Deutschland, Volkswirtschaftler sowie exponierter Finanz- und Währungswissenschaftler auf dem Gebiet der Geldtheorie und Währungspolitik Otmar Issing¹⁹ dar, dass die Einführung des Euro zwar weit mehr als ein rein ökonomischer Akt zu betrachten ist und die zunächst überhöhten Erwartungen an die Gemeinschaftswährung vorerst nur haben enttäuscht werden können. Der ehemalige Chefökonom der Europäischen Zentralbank präsentierte die Institution im Folgenden als wichtiges institutionelles Instrument der europäischen politischen Union. Deutlich wird, wie stark historische Währungserfahrungen die Konstituierung der bei der EZB angesiedelten Bankenaufsicht und die Einführung des Fiskal- und Wachstumspakts mitbestimmen. Sorge äußerte er über die fehlende demokratische Legitimierung europäischer Ausgaben. Auch dies trage zum wirtschaftlichen Erfolg bei, der etwa in der Konkurrenz zur Volksrepublik China von großer Bedeutung sei.

Persönliche Einblicke gewährte Issing im Interview, wenn er seinen eigenen Weg zur EZB beschreibt und Einblicke in Entscheidungsprozesse bekannter Akteure gibt, eigene Entscheidungen beurteilt und durchaus damalige Sorgen und Unsicherheiten artikuliert.

19 Otmar Issing/Vitor Gaspar/Oreste Tristani/David Vestin, *Imperfect knowledge and Monetary Policy*, Cambridge 2005; Otmar Issing, *Der Euro. Geburt – Erfolg – Zukunft*, München 2008; Ders./Andreas Scholz, *Wie wir den Euro retten und Europa stärken*, Kulmbach 2012; Ders., *Der Euro in stürmischen Zeiten*, München 2016.

Eindrücklich gelingt die Schilderung rund um die Einführung des Euro – bei einigen Vertretern der Deutschen Bundesbank wurde dieser historische Einschnitt als lose-lose-Situation oder auch als „Kulturschock“ angesichts der neuen Rolle der europäischen Währung und des Verlusts der bisherigen Währung empfunden. Hier gerät auch die Strahl- und Symbolkraft der D-Mark in den Fokus des Gesprächs, in dem Issing die Beziehung der Deutschen zu ihrer eigenen Währung aufgrund historischer Erfahrungen als durchaus von „pathologischer Natur“ charakterisiert. Die Einführung des Euro sei für ihn als „Vernunfteuropäer“, so stellt er unmissverständlich dar, eine logische Folge der politischen Entwicklungen. Issing fragte sich, ob die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) den Weg zu einer Politischen Union Europas bahnen hilft. Wenn die vielzitierte Frage aufgeworfen wird, wer als „Vater des Euro“ zu bezeichnen ist, bleibt festzuhalten, dass es viele Väter gab, wie z. B. Bundeskanzler (1982-1998) Helmut Kohl, der aufgrund seines Engagements für die Durchsetzung des Euro, v. a. in Deutschland, anlässlich der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 1998 einstimmig von den Staats- und Regierungschefs nach Jean Monnet zum „Ehrenbürger Europas“ ernannt worden ist, oder die vorher schon erwähnten Hans Tietmeyer und Theo Waigel. Als ehemaliger Chefvolkswirt und ehemaliges Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB) war Issing 1998 maßgeblich am Entwurf der geldpolitischen Strategie der EZB beteiligt. Er kann damit auch als maßgeblicher Beteiligter und Mitgestalter an der Konzeption der EZB bezeichnet werden, die letztlich auch zu einer Bankenaufsicht führte. Die hohen Erwartungen, die an den Euro geknüpft waren, sind nach Issing letztlich erfüllt worden. Offen geblieben ist allerdings die Frage der demokratischen Legitimation von Europolitik und ob ein Eurozonen-Parlament mit delegierten, gewählten oder kooptierten Experten dieses Defizit beheben können. Wäre damit die Forderung nach „no taxation without representation“ erfüllt?

Mit dem Vortrag „Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)“ vom 7. Mai 2015 rückt inmitten der Staatsverschuldungskrise eine weitere neu geschaffene europäische Finanzinstitution in den Blick. Als Volkswirtschaftler und geschäftsführender Direktor sowohl der Europäischen Fazilität zur Stabilisierung der Finanzen (EFSF) als auch des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) liegt der Fokus des Vortrags von Klaus Regling auf der im Frühjahr 2015 aktuellen Krise und ihren Lösungsmöglichkeiten.

Der Referent macht acht Gründe für die Krise aus, zu denen er fehlende Akzeptanz wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten, zu niedrige Zinspolitik in der Peripherie, ungenügende wirtschaftspolitische Überwachung, Probleme bei der Defizitberechnung, Kontrollversagen des Europäischen Statistischen Zentralamts (EUROSTAT), unzureichende Finanzmarktüberwachung, fehlende Krisenbekämpfungsmechanismen und die ungewöhnliche Stärke der 2015er Wirtschaftskrise zählt. Welche Maßnahmen wurden unternommen und was lässt sich daraus ableiten? Im zweiten Teil seines Vortrags benennt Regling fünf Lektionen, die aus der Krisenstrategie ersichtlich wurden: 1. Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen, 2. Engere wirtschaftspolitische Abstimmung in der Währungsunion, 3. Stärkung des Bankensystems, 4. Geldpolitische Krisenmaßnahmen und 5. EFSF und ESM als Rettungsschirme gegen die Krise. Reglings Bilanz fällt durchweg positiv aus, was auch in dem mit ihm geführten Expertengespräch zum Ausdruck kommt. Krisen, so der Volkswirtschaftler, bedeuteten immer auch, Fehler zu begehen:

teils, weil unbekannte Herausforderungen warteten, die unter Zeitdruck bewältigt werden müssen – teils, weil Lösungen nie Ideallösungen für alle Beteiligten sein könnten. Europa sei weder „die Vereinigten Staaten von Europa“,²⁰ noch „18 einzelne Nationalstaaten, sondern irgendetwas dazwischen und aus dieser Situation ergeben sich besondere Probleme“. Inzwischen besteht die Eurozone mit Lettland aus 19 Mitgliedern. Kroatien soll alsbald dazu kommen und somit ein 20er-Euro-Club gegeben sein. Regling kann in seinen bisherigen Aktivitäten als europäischer und globaler Akteur im Sinne eines aktiven Krisenvorbeugers im Rahmen der Absicherung des Eurosystems bezeichnet werden. Auf die Frage, warum es denn keinen Europäischen Währungsfonds (EWF) im Vergleich zum Internationalen Währungsfonds (IWF) gebe, erwidert Regling am Rande der Veranstaltung, dass ein solcher durch den Verbund von EZB, Kommission und dem ESM praktisch schon bestehe, ohne so erkannt und benannt worden zu sein. Die Mängel der Eurozonen-Governance sieht er in den Verstößen gegen die Konvergenzkriterien, die mangelnde Zinssatzfestlegung, die Beschränkung auf Geldpolitik, die Einwirkung der Globalität der Finanzkrise und die mangelnde Haushaltskonsolidierung, als eine Mischung aus endogenen und exogenen Faktoren.

Den Aufgaben der Europäischen Investitionsbank (EIB) und ihrem Verhältnis zur EU widmet sich am 6. Februar 2017 der Makroökonom Werner Hoyer,²¹ seines Zeichens Präsident der Europäischen Investitionsbank. Hoyer war als FDP-Politiker von 1994 bis 1998 Staatsminister im Auswärtigen Amt und von 2002 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und von Oktober 2009 bis Dezember 2011 neuerlich Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. Bedauerlicherweise konnte Werner Hoyer aus Zeitgründen nicht für ein ausführlicheres Expertengespräch zur Verfügung stehen. Sein Vortrag steht unter dem Eindruck der britischen Entscheidung zum Brexit und der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Beide seien, so Hoyer, als Weckruf zu begreifen. Aufgabe sei es nun, Glaubwürdigkeit für das gemeinschaftlich organisierte Europa wiederzugewinnen. Dies geschehe, wenn geschlossen agiert werde, was auf Gemeinschaftsebene bewerkstelligt werden könne, wohingegen spezifische Probleme auch auf der regionalen Ebene gelöst werden müssten.

Die EIB ist eine der ältesten europäischen Institutionen mit Sitz in Luxemburg und zeitgleich zu den Römischen Verträgen (1958) ausgehandelt und begründet worden. Ziel der EIB war und ist es, Kapital für strukturschwache Regionen in den Mitgliedsstaaten bereitzustellen und schwächere Wirtschaftssektoren zu unterstützen. Trotz des Konsenses über ihre Zielsetzung begannen aufgrund der Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften kontroverse Debatten über die Struktur und Funktion der EIB. Die Notwendigkeit für die EIB, sich auf den internationalen Finanzmärkten Geld zu beschaffen, zwang die

20 Michael Gehler, Vom Schlagwort der „Vereinigten Staaten von Europa“ zur Realität des Europas der vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert, in: Ders./Michael Lützel (Hrsg.), Die Europäische Union zwischen Konfusion und Vision. Interdisziplinäre Fragestellungen (Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 13), Wien – Köln – Weimar 2022, S. 161–181.

21 Werner Hoyer/Rolf Rettig/Karl-Dieter Rother, Grundlagen der mikroökonomischen Theorie, 3. Auflage Stuttgart 1993.

Regierungen der Mitgliedstaaten, dem Kreditinstitut auch Eigenmittel zu gewähren, ein eigenes Statut als juristische Person zu geben und das Prinzip der Mehrheitsentscheidung einzuführen. Damit wurde die EIB als supranationale Institution der EWG, der EG und der EU zu einem anerkannten Partner der internationalen Finanzgemeinschaft.²²

Im Unterschied zu der viel später erst Anfang des 21. Jahrhunderts geschaffenen Europäischen Zentralbank ist die EIB nicht für Geld-, sondern für Kreditpolitik, also für Investitionen zuständig und verfügt über erhebliche Geldvolumina. Laut Hoyer ist sie als „good news institution“ im Vergleich zu anderen europäischen Institutionen weit weniger bekannt, wobei er sich fragt, warum das so ist. Daher bemühe er sich stets, die im März 2017 60 Jahre alte Institution stärker ins Bewusstsein vor allem der politisch Handelnden zu tragen. In seiner Schilderung verschiedener Aufgabenbereiche der EIB geht Hoyers Blick über die EU hinaus – zunächst zu unmittelbaren Nachbarn der EU, aber auch weiter, wenn er beispielsweise nach den Gründen für die gestiegenen Migrationswellen im Zeichen der „Flüchtlingskrise“ fragt und die bisherige wirtschaftliche Entwicklungspolitik kritisch hinterfragt. Nach dem „Horrorjahr“ 2016 mit der Bewältigung der Griechenlandkrise sieht Hoyer aber abschließend durchaus optimistisch in die Zukunft und erteilte Nationalisierungsbestrebungen der Mitgliedsstaaten der EU eine klare Absage.

III. Experten der Steuer- und Wirtschaftspolitik

Im zweiten Teil des Bandes kommen mit Sebastian Huhnholz und Lars Feld Experten der Steuer- und Wirtschaftspolitik zu Wort.

Der Sozial- und Politikwissenschaftler Sebastian Huhnholz von der Leibniz-Universität Hannover beleuchtet in seinem am 8. Januar 2018 gehaltenen Vortrag die Möglichkeiten, über Steuern Einfluss auf europäische Politikformen zu nehmen. Huhnholz stellt das Finanz- und Haushaltssystem der EU als ein komplexes Verhandlungsergebnis politischer Interessengeflechte dar, das stets von politischen Kompromissen geprägt sei.

Vor allem die Erfahrungen der europäischen Finanz-, Währungs- und Integrationskrisen haben, so Huhnholz, immer wieder dazu geführt, die Legitimitätslogik „No taxation without representation“ progressiv auf die EU – die keine Souveränität im nationalstaatlichen Sinne besitzt – anzuwenden. In seinem Beitrag beleuchtet Huhnholz die Möglichkeiten einer dynamischeren Kopplung von Finalität und Fiskalität Europas, macht jedoch auch aus seiner Ernüchterung keinen Hehl: Es sei nach wie vor die wirtschaftliche Stabilität ausgesuchter Staaten das europa- und fiskalpolitische Primärziel der Eurozone. Leitziel europäischer Finanzen seien nicht gemeinnütziges Teilen oder gerechtes Verteilen, sondern nach wie vor eigennütziges, durch nationale Souveränität legitimes Nehmen.

Nach persönlichen Einblicken in seine eigene Adoleszenzphase in der „Wende“-Umbruchzeit geht Huhnholz im Expertengespräch vertiefend auf die „Krisenimperialität“²³

22 Lucia Coppolaro, Setting up the financing institution of the European Economic Community: the creation of the European Investment Bank (1955-1957), in: Journal of European Integration History 15 (2009), 2, pp. 87–104.

23 Sebastian Huhnholz, Krisenimperialität. Romreferenz im US-amerikanischen Empire-Dis-

der EU ein: Mit dem Anspruch einer „Finalisierung“ würden Forderungen gestellt, die ihren Status als „vorsätzlich hin- und hergerissene Gestalt“ weiter manifestierten. Auch Währung spalte, solange sie kein „gemeinsames Geld“ sei, sondern klare Gewinner sich an Verlierern bereicherten. Dabei ist hinzuzufügen, dass nicht alle EU-Staaten die Gemeinschaftswährung besitzen, die Union sich also in Nicht-Euro- und Euro-Staaten aufteilt: Dänemark, Schweden, Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien und Rumänien. Hinzu kommt, dass sich die Eurozone selbst in starke Nord-Euro und schwächere Südeuro-Länder darstellt, sich also in den strittigen Kontroversfragen Transferunion, Schuldenvergemeinschaftung und Staatshaushaltskonsolidierung unterschiedliche Vorstellungen ergeben haben. Die aufgespannten Rettungsschirme mit einer rigiden Sparpolitik (Austerität) zu konditionieren, hat viel zur Tendenz einer Nord-Süd-Trennlinie und -Spaltung innerhalb des Eurostaatenverbundes geführt.

Eingehend widmet sich Huhnholz im Gespräch auch dem Generalbegriff der Alltagssprache „Steuer“, bei dem es sich in fachlichem Gebrauch aber um einen Spezialbegriff handele, der eine ganz bestimmte Technik öffentlicher Teilhabe an prinzipiell als privatnützig respektierten Einnahmen meint. Die etymologische Rückführung der deutschen Sprache auf „steuern“ im Sinne von lenken, führen und leiten sowie „stauen“ im Sinne von „anhäufen“ und „einsammeln“ verdeutliche, dass Steuerpolitik zugleich Steuerungs- und Lenkpolitik sei. Deutlich werden an dieser Stelle nationale Konnotationen: Der Steuerbegriff, so Huhnholz, sei nicht neutral übertragbar, sondern transportiere in jeder Sprache unterschiedliche Botschaften, politische Erfahrungen und Kulturgeschichte. Das Bild vom Steuerrad kann hierbei auch im metaphorischen Sinne aufgegriffen werden, wenn zuvor von einer Maschine und einem Motor der Integration die Rede war. Wie soll aber eine solche Motorik ohne Steuer gelenkt und die europäische Integration geleitet werden? Solange die EU ohne eigene Steuereinnahmen auskommen muss, also nicht über die Fähigkeit verfügt, eigene Ressourcen zur Verfügung zu haben und diese zu mobilisieren, wird sie keine ausreichende Lenkungs- und Steuerungsmöglichkeiten haben, d. h. immer wieder vom Wohl und Wehe der Mitgliedstaaten und ihren finanziellen Zuwendungen abhängig sein.

Umso mehr betrachtet Huhnholz mit Sorge gegenwärtige Erosionstendenzen demokratischer Verfassungssysteme am Kontinent Europa. So schließt sich unter Bezugnahme auf den deutschen Philosophen Jürgen Habermas, Europa solle aber deutlich „mehr sein wollen“ als „Fassadendemokratie“ (gleichwohl hier ergänzt werden darf, dass das Europäische Parlament seit den Unionsverträgen von Maastricht und Lissabon entscheidende neue Kompetenzen z. B. Mitentscheidungsverfahren etc. erhalten hat), dass es am europäischen Souverän selbst liegt, mehr zu wollen sowie das Europäische Parlament auch zu wählen und zu stärken. Das vielkritisierte „Demokratiedefizit“ besteht schon seit langem nicht mehr.²⁴ Ob daher ein eigenes Eurozonen-Parlament – also eine weitere Duplizierung von Organen – noch erforderlich ist, fragt sich.

kurs, Frankfurt/Main – New York 2014.

24 Doris Dialer/Andreas Maurer/Margarethe Richter, Handbuch zum Europäischen Parlament, Baden-Baden 2015.

Auch der am 19. Juni 2018 nach Hildesheim eingeladene Ökonom Lars Feld wirft in seinem öffentlichen Vortrag einen Blick auf die „Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion“. Der Referent war seinerzeit Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Rat der Wirtschaftsweisen“)²⁵ und ist nun im Ehrenamt als „Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung“ Christian Lindner tätig, um in dieser Rolle den Minister bei der Bewertung makroökonomischer Fragestellungen zu unterstützen. Felds Kritik an der Geldpolitik der EZB richtet sich vor allem auf ihre expansive Ausrichtung. Schuldenstandsquoten wichtiger wirtschaftsstarker Länder seien viel zu wenig Thema öffentlicher Diskussion. Am Beispiel Italiens konkret gemacht, richtet sich Felds Interesse hauptsächlich auf die Maßnahmen, mit denen die Europäische Union die Währungsunion zu schützen versucht. Deutlich werden dabei sowohl der Balanceakt zwischen gemeinschafteter Geldpolitik und nationaler Souveränität in Wirtschafts- und Finanzpolitik als auch die weitreichenden Veränderungen durch die Bankenunion. Hier gebe es noch Reformbedürfnisse, die u.a. auch vom Sachverständigenrat als Empfehlungen vorlägen.

Die Arbeit in diesem Gremium ist auch einer der großen Schwerpunkte des Experteninterviews, das in zwei Sitzungen geführt worden ist. Feld beschreibt plastisch seinen Weg zum „Wirtschaftsweisen“, vor allem aber gibt er Einblicke in die umfangreiche und arbeitsintensive Tätigkeit eines Sachverständigenrats, der nicht nur bundesrepublikanische Geschichte von Beginn an geprägt hat, sondern auch in Europa in seiner Ausprägung einzigartig ist.

Die Grundkonzeption der Versachlichung der wirtschaftlichen Debatten sowie politisch unabhängige Analysen der Wirtschaftspolitik auf der einen und umfangreiche Kommunikation für die Öffentlichkeit auf der anderen Seite stellt Feld als Gratwanderung dar. Als unabhängiges Beratungsorgan müsse man Angriffe aushalten, habe aber eben auch selbst die Freiheit, bisweilen harsche Kritik äußern zu können.

Das Lernen aus vergangenen Wirtschaftskrisen beurteilt Feld angesichts heute gefestigter und komplexer Volkswirtschaften, vor allem aber aufgrund einer robust etablierten Demokratie als gelungen. Die Gründe für die immer noch wirksame Verankerung von Währungsstabilität im kollektiven deutschen Gedächtnis versucht Feld mit der Wiederkehr schwerer Währungskrisen zu erklären, die er nicht erst in der Weimarer Republik, sondern bereits in den Zahlungsschwierigkeiten von Fürstentümern im Deutschen Bund (1815-1866), also noch vor der Gründung des Deutschen Kaiserreichs (1871) zeitlich verortet. Den Zweiten Weltkrieg schildert er einer – Brunnermeier, James und Landau folgenden Darstellung²⁶ – als Einschnitt, der Denktraditionen verändert, ja umgekehrt habe. Nachdem Deutschland zuvor dirigistisch-industriepolitisch lenkend operierte, erfolgte nach 1945 eine Wende in Richtung Wirtschaftsliberalität.

25 Siehe auch zuletzt Lars P. Feld/Christian Molitor, *Einfache Wahrheiten zählen*, Tübingen 2022.

26 Markus Brunnermeier/Harold James/Jean-Pierre Landau, *Euro. Der Kampf der Wirtschaftskulturen*. München 2018 [englische Originalausgabe: *The Euro and the Battles of Ideas*, Princeton University Press 2016].

IV. Analysten von Wirtschafts-, Währungs- und Identitätskrisen

Im dritten Teil des Bandes werfen mit Athanassios Pitsoulis, Max Otte und Hans Reckers Analysten unterschiedlichster Profession ihren Blick auf verschiedene Krisen.

Athanassios Pitsoulis, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Stiftung Universität Hildesheim, analysiert in seinem Vortrag am 15. Mai 2017 den Fall Griechenland und sein Agieren in der Euro-Krise. Seine Problembeschreibung bezieht eine Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit ein, die der Wissenschaftler durch eigene Expertise und Erfahrungen ergänzt. Pitsoulis verdeutlicht das Dilemma zwischen Sparzwang in einer Krise und einer daraus resultierenden sozialen Problematik und fehlenden Investitionsmöglichkeiten für Wirtschaftswachstum. Weitere Folge sei vor allem auch die Gefahr politischer Destabilisierung. Er sieht keinen durchgreifenden und überzeugenden Erfolg bei der Sanierung des griechischen Staatshaushalts, der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, dem Aufbrechen von strukturellen Hemmnissen, sondern konstatiert vielmehr ein Konglomerat sich gegenseitig beeinflussender negativer Effekte von Reformen, politischer Probleme und Selbstblockaden.

Die Annahme, Griechenland fände schnell einen Weg aus der Krise, habe auf einer Fehleinschätzung, ja „Blauäugigkeit“ hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beruht. Pitsoulis schildert sowohl seine eigenen Erinnerungen an den Beitritt Griechenlands in die Europäischen Gemeinschaften (1981) und die großen damit verknüpften Hoffnungen als auch seine Bewertungen der Ereignisse und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus Sicht des Wissenschaftlers.

„Gut gedacht – nicht optimal gemacht“, so sei laut Pitsoulis die Einführung des Euro gewesen. Als einen von vielen Gründen macht er auch den technokratischen Geist aus, in dem Regelungen getroffen worden seien, wohingegen die prägende Kraft von Mentalitätsunterschieden unterschätzt worden sei und auch nach wie vor nicht scharf genug in den Fokus genommen werde. In der Diskussion um einen „Grexit“ bezieht Pitsoulis klar Position. Sein Wunsch für Griechenland besteht in Reformen zur Sanierung des Staatshaushalts und zur Verbesserung der eigenen Verwaltung. Es bleibt das von Pitsoulis diagnostizierte tiefsitzende Mentalitätsproblem, aber auch die häufigen Regierungswechsel, die keine politische Stabilität entstehen ließen, um für Griechenland in der EU wettbewerbsfähig zu werden und seine Vorteile ausspielen zu können. Erschwerend seien bislang Geldabflüsse ins Ausland und eine nicht ausgeprägte Steuerloyalität, das nicht substanziell angestiegene BIP und die noch nicht überwundene Arbeitslosigkeit. So bleibt die Frage, ob es sich am Beispiel Griechenlands weiter um eine Eurokrise ohne Ende handelt.

Der Kölner deutsch-US-amerikanische und nationalkonservative Buchautor, Publizist, Volkswirt und Vermögensberater Max Otte, der den Finanz-Crash von 2007/08 zutreffend

vorausgesagt hat²⁷ und sich weiter als Krisenprognostiker hervortut,²⁸ stellt in seinem Beitrag am 11. Dezember 2017 zur Diskussion, inwieweit „Volks- und Raiffeisenbanken als Stabilitätsfaktor in Wirtschaftskrisen“ fungieren können. Er nimmt dabei sowohl eine politikwissenschaftliche als auch eine institutionenökonomische Perspektive ein. Finanzkrisen kündigten sich häufig an und kämen selten überraschend, so der Verfasser zu Beginn. Um so verwunderlicher sei es, dass sie keinen prominenteren Platz in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern eingeräumt bekämen. Es gelingt Otte aufzuzeigen, warum genossenschaftlich organisierte Banken in besonderer Weise den systemischen Risiken der Finanzmärkte trotzen und zu einer stabilen, nachhaltigen und wettbewerbsorientierten Bankenstruktur beitragen können. Als Prinzipien zur Gestaltung eines anderen Bankenwesens führt Otte die Werte Fairness, Stabilität und Nachhaltigkeit, Haftung, Transparenz, Wettbewerb, Diversität sowie Einfachheit an, die bewirken können, dass Finanzkrisen größeren Ausmaßes verhindert werden. Nach einem Blick auf die historischen Entstehungszusammenhänge von Sparkassen und Genossenschaftsbanken konzentriert sich Otte vor allem auf die stabilitätsfördernden Elemente der Volks- und Raiffeisenbanken. Die Organisationsstruktur, die als „geerdet“ charakterisiert werden kann, verhindern, so der Verfasser, die Entstehung derivativer Finanzgeschäfte und sei als Vorbild für den Bankensektor insgesamt anzustreben. Es gelte als große Aufgabe existenzbedrohende Angriffe durch internationale Großbanken, kapitalmarktorientierte Akteure und ihre Lobbys zu verteidigen.

Im Experteninterview gibt Max Otte persönliche Einblicke in seine Biographie,²⁹ zwischen Studium, Hochschultätigkeit und Unternehmertum und vor allem auch in die Prägungen durch deutsche und US-amerikanische Einflüsse. Im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika und dem „gravierenden Systemkonflikt“ zwischen anglo-amerikanischem und europäischem Kapitalismus beurteilt Otte auch Europas Zukunft. Es müsse sich emanzipieren, um weiterhin eine Chance zu haben.

Der Vortrag von Hans Reckers und das Interview mit ihm am 8. Oktober 2018 beschließen den Band. In seinem Referat im Rahmen der Europagespräche widmet er sich der europäischen Gemeinschaftswährung und zieht 20 Jahre nach ihrer Einführung eine Bilanz. Der Euro, so der Referent, stelle eine „voll entwickelte Währung ohne voll entwickelten Staat“ dar, sie könne aber dennoch nach ökonomischen Kriterien (Geldwertstabilität, Außenkurs, internationale Verwendung) als Erfolgsgeschichte gewertet werden. Nach einem historischen Überblick liegt der Schwerpunkt des Vortrags auf Überlegungen zur Zukunft des Euro. Reckers konnte auf seine Stationen in verschiedenen Funktionen verweisen und dabei spannende Einblicke in Entscheidungsprozesse geben. Er gehörte

27 Max Otte, *Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten*, Berlin 2006.

28 Zuletzt siehe: Max Otte, *Weltsystemcrash. Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung*, FinanzBuch Verlag, München 2019; Ders., *Die Krise hält sich nicht an Regeln*. 99 Antworten auf die wichtigsten Fragen nach dem Corona-Crash, München 2021.

29 Siehe auch Max Otte, *Auf der Suche nach dem verlorenen Deutschland. Notizen aus einer anderen Zeit*, München 2021.

den Bundesministerien der Finanzen und der Verteidigung (als Büroleiter von Gerhard Stoltenberg) an. Er war im Bundeskanzleramt (als Unterabteilungsleiter Personal bei Helmut Kohl), als Staatssekretär im sächsischen Finanzministerium (unter Ministerpräsident Georg Milbradt), im Bundesfinanzministerium als Haushaltsabteilungsleiter sowie als Leiter der Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tätig. 1991/92 war er Mitglied des Verwaltungsrats der früheren Staatsbank der DDR, von 1999 bis 2002 Mitglied im Zentralbankrat und von 2002 bis 2009 Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank, zuständig für die Bereiche Risiko-Controlling, Bargeld sowie institutionelle und regulatorische Finanzmarktfragen. Reckers war zudem Vorsitzender des Risikoausschusses im Aufsichtsrat der HSH Nordbank und Vorsitzender des Zukunftforums Finanzplatz Frankfurt der CDU Hessen. Er ist Stiftungsvorstand der Verbriefungsplattform True Sale International und von 2011 bis 2013 war er auch Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB). Als gelernter Jurist war er von November 2015 bis Dezember 2016 auch als Staatssekretär der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin aktiv.

Ein erster Schwerpunkt des Gesprächs bildete vor allem die Zeit der deutsch-deutschen Vereinigung, in der Reckers zu Sichtweisen einer westdeutschen Führungskraft in den neuen Bundesländern befragt wurde.³⁰ Besonders in den Fokus rückt in dem Gespräch immer wieder der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität – und das sowohl auf der innerdeutschen als auch auf europäischer Ebene. Mit Erfahrungen aus Stationen seiner Biographie – von jenen als Mitarbeiter in verschiedenen Bundesministerien bis zu denen als Präsident verschiedener Bankhäuser – vermag Reckers auch die unterschiedlichen Blickweisen zu reflektieren, die mit der Einführung des Euro als gemeinsame Währung einhergingen. Diese Währung stellt sich dabei für ihn als „Schicksalsgemeinschaft“ dar, die jedoch Spannungen erzeuge, indem sie nationale Handlungsfähigkeiten beschränke. So könne sich das als „Einiger“ erhoffte Medium Währung vor allem in Krisen zum „Spaltpilz“ entwickeln, womit Reckers auf die Unterschiede zwischen den nördlichen und den südlichen Euroländern indirekt verweist. Der inzwischen entwickelte Euro ohne einen existierenden europäischen Staat wirft die wiederholt aufkommende Frage auf, wie eine Währungsunion ohne politische Union funktionieren könne, wobei darauf verwiesen wird, dass alle solche historischen Konstellationen auf ein Scheitern hinausliefen. Dabei wird mit Blick auf den Euroraum übersehen, dass nicht nur Münzen und Papiergeld ausgegeben werden, sondern auch ein Geflecht miteinander zusammenhängender Institutionen besteht und zwar aus EZB, EIB und ESM sowie vertraglichen Vereinbarungen wie der Bankenunion, des Fiskalpakts und mit dem europäischen Semester, einer Art Einsicht und Kontrolle der Haushaltsplanung der Mitgliedstaaten des Euro seitens der Europäischen Kommission. Dieser Verbund von Interinstitutionalisierung und Regelungsmechanismen dürfte für eine dauerhaftere Existenz des Euro sprechen.

30 Siehe hierzu auch Hans Reckers, „Es war wichtig, dass die neue DDR-Regierung schnell handlungsfähig wurde“, in: Michael Gehler/Oliver Dürkop (Hrsg.), *Deutsche Einigung 1989/90. Zeitzeugen aus Ost und West im Gespräch*, Reinbek 2021, S. 749–761.

Einleitung

Krisen hinterlassen Spuren – das demonstrieren die zahlreichen und unterschiedlichen Beispiele dieses Bandes. Diese Spuren, so zeigen die einzelnen Interviews, sind dabei nicht nur monetärer Art, sondern vor allem auch gesellschaftspolitischer, mentalitätsgeschichtlicher, soziokultureller und emotionaler Art.

In einer mehr denn je von multikomplexen Krisenkonstellationen bewegten global verflochtenen Welt wird abzuwarten sein, inwieweit nationale Handlungsmuster weiter zukünftige europäische und globale Krisen bestimmen können. Die in diesem Band versammelten Einsichten in Prozesse, Entscheidungen und historisches Denken sind divers, kontrovers und bisweilen konträr.

In ihrer Gesamtheit versuchen sie, zum besseren Verständnis zur Bewältigung von Gegenwartsrisiken beizutragen und Chancen zu eröffnen, aus historischer Einsicht entscheidungs- und handlungsfähiger zu werden.

Zu danken haben wir die Unterstützung für diese Vortragsreihe und die Publikation der Aktion Jean Monnet des Erasmus Plus-Programms Life Long Learning der Europäischen Union sowie der Volksbank eG Hildesheim – Lehrte – Pattensen für stete Förderungen und nicht zuletzt auch der Volkshochschule Hildesheim als Austragungsort, was durch die Platzierungen der Logos dieser Institutionen im Impressum dieses Buches zum Ausdruck kommt. Die Transkriptionsarbeit bewältigte im Wesentlichen die verdienstvoll arbeitende studentische Hilfskraft Marvin Meier.

Hildesheim, im August 2022

Die Herausgeber